



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1918

517 (5.11.1918) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-182242](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-182242)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Kriegsgeheimnisse. Die 11. Aufl. kostet 40 Pf. —
 10 Bde. 400 Seiten. 12. Aufl. 1918. 12 Bde. 400 Seiten. 12. Aufl. 1918. 12 Bde. 400 Seiten. 12. Aufl. 1918. 12 Bde. 400 Seiten.

Amstliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim. — Das Weltgeschehen im Bilde in moderner Kupfertiefdruck-Ausführung.

Der Durchbruch in Flandern gescheitert.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 5. Nov. (WIB. Amtsch.)
 Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen der Schelde und Oise haben Engländer und Amerikaner ihre großen Angriffe wieder aufgenommen. Durch gewaltigen Einsatz an Artillerie und Panzern suchten sie den Durchbruch auf der mehr als 60 Kilometer breiten Front zu erzwingen. In schwerem, bis in die Nacht währendem Ringen gelang es unseren an Zahl und unterlegenen Truppen, den feindlichen Angriff aufzuhalten und den Durchbruch zu verhindern. Südlich von Valenciennes nach Nordosten führenden Straße haben wir den Feind vor unseren Linien abgewiesen.

Die gegen unsere neue Front Sebourg-Wargnies gerichteten Angriffe wurden durch erfolgreiche Gegenangriffe auf den Höhen östlich dieser Orte zum Scheitern gebracht. Wargnies-Petit, das vordringende Stützpunkt, nahmen wir wieder. Die beiderseits von Sebourg gemachten Angriffe brachten wir schließlich von Wargnies zurück. Sebourg, durch beiderseitige Umfassung, wurde kesselförmig geräumt.

Der gegen den Wald von Morval gerichtete Angriff des Gegners kam in dem westlichen Teil des Waldes zum Stehen. Auch südlich des Waldes wurde der Feind am Durchbruch verhindert. Vor den Feindlinien auf den Höhen südlich des Sambre-Oisekanals abgewiesen. Am Nachmittag der Gegner seine Angriffe fort. Ihr Schwerpunkt lag nördlich und südlich des Waldes. Südlich des Waldes gingen wir den Stützpunkt von Jolimetz, südlich des Waldes am Sambre-Oisekanal auf.

Der kanalisierbare östlich von Oes und Caillou wurde gegen alle feindlichen Angriffe behauptet. Südlich von Caillou ließ der Feind in etwa 1 bis 2 Kilometer vor den Kanal vor. Hier brachten ihn an der Straße nach Oes östliche Kampftruppen zum Stehen. Vor der Front zwischen Fesay und nordöstlich von Fesay wurden alle Angriffe des Feindes zusammengebrochen. Zwischen Fesay und der Oise konnte er an einzelnen Stellen das Ufer gewinnen. Auch hier gelang es ihm nicht, über die vordringende Stellung hinaus vorzudringen.

Südlich der Oise sind dem starken Artilleriefeuer, das am frühen Morgen bis zur Sonne ausbrach, heftige Angriffe südlich von Gulle bei Le Herie und gegen die Dargny gefolgt. Der Feind wurde überall, teilweis im Gegenstoß abgewiesen.

Am der Aisnefront keine Kampfhandlungen. Zwischen Ethesay und Sommeauville scheiterten Kampfversuche des Gegners. Auf den Höhen südlich von Bermont wurden heftige Angriffe der Amerikaner abgewiesen. Südlich von Dieulouard unsere Truppen starken feindlichen Angriffen auf das östliche Maasufer nördlich von Senay aus. Südlich von Dan wurden feindliche Angriffe, die über die Maas vorstießen, auf den Fuß zurückgeworfen. An den Höhen östlich der Maas scheiterten feindliche Angriffe. Westlich der Mosel Teilvorschiebe der Amerikaner.

Der Erste Generalquartiermeister: G. G. G.

Der letzte Augenblick

Am 1. Uhr ist Schluss der Zeichnungsfrist für die 9. Kriegsgeheimnisse! Darum zeichne unverzüglich, wer noch nicht gezeichnet hat!

Der neue Großangriff in Flandern.

Berlin, 5. November. (Von unserem Berliner Büro.) Am 3. Oktober wurde der erwartete Großangriff der Amerikaner in Flandern wieder aufgenommen. Dieser wurde einer zahlenmäßig recht bedeutenden Uebermacht gegenüber, unsere Front ein wenig zurück-

zunehmen und nunmehr stehen in diesem Abschnitt der Entscheidungsschlacht des Weltkrieges neue feindliche Angriffe bevor, die erfolgen dürften, sobald sie die neue Aufstellung ihrer Artillerie beendet haben. Neuerdings sind an diesem Frontabschnitt zahlreiche amerikanische Truppenformationen beobachtet worden.

Bei Gent und bei Tournay werden offenbar die Angriffe mit besonderer Stärke einsetzen und hier soll der Durchbruch der Flandernschlacht erreicht werden. Zwischen Oise und Aisne, wo der Feind dieselben Durchbruchversuche unternommen hat, sind die Angriffe in voriger Woche gescheitert. Mehrfach, an manchen Stellen sechs- bis siebenmal, haben unsere Truppen an verschiedenen Stellen der Frontlinie gegenüber. Man kann daher immer wieder nur betonen, daß unsere Truppen sich mit einem Heldenmut der feindlichen Uebermacht entgegen, wie in der Geschichte vielleicht nicht kennt.

An der Maas scheiterten französische Angriffe. Auf dem rechten Maasufer dagegen gelang es Amerikanern, unter der Einwirkung nebligen Wetters unsere Positionen zu überraschen, so daß wir unsere Linien ein recht bedeutendes Stück haben zurücknehmen müssen. Es kommt hinzu, daß unsere Leute hier überaus ermüdet waren.

Es ist geboten, sich noch einmal zu vergegenwärtigen, was der Feind jetzt an der Westfront anstrebt. Es handelt sich darum, daß er vor dem Winter die Entscheidung herbeiführen will. Darum spannen Engländer, Franzosen, Amerikaner und neuerdings Italiener alle Kräfte bis aufs Äußerste an. Wir haben alle Aussicht, daß den Feinden der Durchbruch auch jetzt nicht gelingen wird. Wohl hat er eine Reihe von Erfolgen erzwungen, aber man kann wohl sagen, er schlägt uns vielfach in letzter Zeit, aber er vernichtete uns nirgends.

Die entlassene russische Gesandtschaft.

Berlin, 5. Nov. (WIB. Amtsch.) Am 4. November abends traf, von Moskau kommend, ein Kurier der hiesigen diplomatischen Vertretung der Sowjetregierung auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Beim Heruntertragen des Gepäcks vom Bahnsteig wurde eine der Kisten durch Unvorsicht beschädigt, sodaß die darin befindlichen Papiere auf den Boden fielen. Diese Papiere waren, wie sich herausstellte, in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter, die die deutschen Arbeiter und Soldaten zum sofortigen Umsturz aufforderten. Eines der Flugblätter, das von der Gruppe „Internationale“ (der Spartakusgruppe) unterzeichnet war, enthält einen Aufruf zum Revolutionskampf, während ein anderes Flugblatt die näheren Anweisungen für diesen Kampf gibt, zum Mord und zum Terror auffordert. Auf Ansuchen der Bahnbehörden wurde das gesamte Kuriergepäck in einem geschlossenen und bewachten Raum sichergestellt und das auswärtige Amt benachrichtigt, um diesem die Untersuchung und Weiterbehandlung der Angelegenheit zu ermöglichen.

Das Vorkommnis bestätigt also alle Nachrichten über das Treiben der russischen Gesandtschaft in Berlin. Sie ist der Sitz einer revolutionären Agitation und Propaganda, die in Deutschland den Umsturz herbeiführen und uns damit mehr los machen soll. Sie arbeitet also dem Feinde in die Hände. Ganz unverständlich ist es, daß trotz aller Mitteilungen und Warnungen in der Berliner Presse die Regierung dem Treiben dieser famosen Gesandtschaft so lange geduldig zugehört hat. Gestern brachte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung noch einen Artikel, der die Anklage gegen die russische Gesandtschaft abzuwachen suchte. Es sei alles nur halb so schlimm, wie gesagt werde, und man müsse schon auf. Heute hat nun die beschädigte Kiste eines Moskauer Kuriers wohl auch unsere Regierungsorgane die Augen geöffnet, daß diese russische Gesandtschaft tatsächlich das gefährliche Zentrum einer bolschewistischen Agitation in Deutschland ist, deren Fäden vielleicht bis zu den Unruhen in Kiel und Stuttgart reichen. Angesichts der Beweise, die aus der Kiste herausgefallen sind, muß man doch wohl von einer sträflichen Nachlässigkeit oder sträflichen Vertrauensseligkeit der Regierungssorgs sprechen. Welche hartbaren Geheimnisse und schrecklichen Werkzeuge des Umsturzes mag die russische Gesandtschaft wohl schon bergen, nachdem die Beweise sich bisher so nachsichtig gezeigt hat? Wir erwarten natürlich, daß die in Aussicht genommene weitere Verhandlung der Angelegenheit mit aller Festigkeit und Entschiedenheit erfolgen und daß man die Giftbude schließen wird, aus der die bolschewistischen Gase über das deutsche Land hinwegzogen. Das Bestehen einer von Ausland geleiteten bolschewistischen Agitation in Deutschland von erheblichem Umfang wird man nunmehr wohl nicht mehr bestreiten können. Auch unsere westlichen Feinde zählen auf sie. Eine fremde Gesandtschaft, die des Ansehens auf die Sicherheit des Vaterlandes überführt ist, hört natürlich auf, unentbehrlich zu sein. Man wird diese tüchtigen Geschäftsreisenden und Agenten der Revolution in ihre schöne Heimat zurückbefördern und ihre zum Reichsturm auffordernden Schriften wie das

Handgelenksgeißel in der russischen Gesandtschaft mit Beschlag belegen. Vor allem aber müssen wir die schärfste Ueberwachung des Personen- und Paketverkehrs von Russland nach Deutschland fordern, die auch wohl nicht in erforderlicher Weise durchgeführt worden ist. Gegen den Bolschewismus sollte man die Grenze schließen wie gegen Pest und Cholera.

Die Kaiserfrage.

Berlin, 5. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) Die Kaiserfrage scheint im Augenblick zu einem gewissen Stillstand gekommen zu sein, trotz der Haltung des „Vorwärts“, der so auch heute noch den Rücktritt des Kaisers als erstrebenswertes Ziel hinstellt. Aber man hat doch den Eindruck, als ob diese Haltung des sozialdemokratischen Zentralorgans im wesentlichen taktische Bedeutung hat und von der Aussicht auf die Unabhängigen und deren heftige Wünsche diktiert ist. Daß die Mehrheitssozialdemokratie nach dieser Richtung irgendwelche aktive Tätigkeit entfalten könnte, darf man für ausgeschlossen halten. Vielleicht hat auf die Mehrheitssozialdemokraten auch die Argumentation Eindruck gemacht, der man auch sonst vielfach begegnet: es sei nicht ratsam, den Bogen zu überspannen, weil es sonst leicht geschehen könnte, daß das Land den Ständen nicht mehr Lebensmittel lieferte. Das könnte dann leicht in einer verhängnisvollen Zuspitzung der Dinge führen. Beachtlich bleibt, daß das Zentrum der gegen das Verbleiben des Kaisers gerichteten Agitation offenbar in Bayern liegt und es scheint fast, als ob dort nicht nur sozialdemokratische Kreise an dem Thronwechsel ein sehr lebhaftes Interesse bezeugten.

Die Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland.

Berlin, 5. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) Vielfach begegnet man im Publikum nach der Auffassung, daß die Waffenstillstandsbedingungen der Entente bereits in Berlin an amtlicher Stelle eingebracht seien, bislang aber zurückgehalten würden. Das ist, wie wir nachdrücklich feststellen möchten, irrig. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß die Waffenstillstandsbedingungen morgen, vielleicht erst übermorgen hier offiziell mitgeteilt werden. Das hat auch seinen guten Grund. Im Lager der Feinde wartet man offenbar erst die Entscheidung der heutigen amerikanischen Wahlen ab, auf die sich die amerikanische Öffentlichkeit bisher so gut wie gar nicht hingewiesen wurde. Dennoch kann deren Bedeutung nicht gut überschätzt werden. Die heutigen Wahlen sind gar nicht viel mehr als eine Generalprobe. Trotzdem wird von diesem Ergebnis das Ausfallen der Bedingungen für Waffenstillstand und Frieden wesentlich abhängen. Siegen heute die Republikaner, so steht damit auch die Richtung, die auf den Gewaltfrieden auch in Amerika hinführt, und daß in England und Frankreich die Strömungen nach dieser Richtung gehen, ist ja ohnehin sicher.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 5. Nov. (Pr. Tel. g. R.) Die „Times“ meldet aus Rom: Die Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland werden voraussichtlich am heutigen Dienstag veröffentlicht werden.

Ergänzend möchten wir noch zur Frage der Kongresswahlen, die heute stattfinden, folgendes bemerken: Die Mehrheit der Demokraten ist in den beiden Häusern des Parlaments nicht so groß, daß Wilson mit unbedingter Sicherheit auf die Wiederwahl einer ausreichenden Majorität rechnen kann; im Senat, der jeweils nur zu einem Drittel erneuert wird, stehen 55 Demokraten 41 Republikanern gegenüber; im Repräsentantenhaus 227 Demokraten 199 Republikanern und 9 Angehörigen kleinerer Parteien. Das Hauptthema des Wahlkampfes scheint auch diesmal wie schon 1916 die Frage der Senatsreform zu sein. Während Wilson für die Politik seiner 14 Punkte eine feste parlamentarische Gefolgschaft erhofft, vertritt die anscheinend ganz unter Roosevelt und Lodge's Führung geratene republikanische Partei das Programm eines Zerstückelungsfriedens, das in den verheerenden amerikanischen Kassen ein starkes Echo findet. Der Präsident hat sich vor einigen Tagen mit einer Rundrede unmittelbar an die Öffentlichkeit gewandt und ihr die Notwendigkeit demokratischer Wahlen als einer Unterbrechung seiner auswärtigen Politik mit eindringlichen Worten vor Augen geführt. Seine Stellung wird allerdings durch die Haltung seiner europäischen Verbündeten gegenüber seinem Friedensprogramm nicht gerade erleichtert, und hier ist gerade der Punkt, wo seine Gegner im Wahlkampf einsetzen.

Donat Caro über die Verhandlungen in Versailles.

m. Köln, 5. Nov. (Pr. Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Amsterdam: Auf eine Anfrage über die Verhandlungen in Versailles erklärte der Unterhaus-Präsident Donat Caro: Ich kann keine vollständigen Mitteilungen in Aussicht stellen. Solche werden zuerst an die Regierung der Vereinigten Staaten ergehen. Auch glaube ich nicht, eine Erklärung abgeben zu können, ehe die deutsche Regierung unterrichtet ist.

Französische Unruhe über die Dauer der Versailler Konferenz.

m. Köln, 5. Nov. (Pr. Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Genf: Die Pariser sozialistische Presse antwortet auf die unerwartet lange Konferenz in

Verjailles, die auf Uneinigkeit deute. „Populair“ erfährt, das Problem der Gesellschaft der Nationen sei vorderhand als unausführbar verschoben. Die Mehrheit des Kongresses befürwortete die härtesten Bedingungen zur Waffenruhe, wogegen einige Vertreter Amerikas, Italiens, sowie eine französische Minderheit gemäßigtere Vorschläge machten. Jedenfalls wird noch erlaubt sein, zum Punkt der Waffenruhe selbst bestimmen zu dürfen.

Deutschland soll den Gnadenstoß erhalten.

c. Von der Schweizer Grenze, 5. Nov. (Bris. Tel. g. R.) Die Basler Blätter bringen Londoner und Pariser Telegramme, aus denen hervorgeht, daß die Alliierten die Mitteilung der Waffenstillstandsbedingungen ansehend absichtlich verzögern, um noch weiter durchschlagende militärische Erfolge zu erzielen.

„Daily Express“ hofft, daß der drohende Einfall in Bayern sich bald in die Tat umsetzen werde und daß alsdann der Druck der öffentlichen Meinung in Süddeutschland die preussische Feindschaft dazu zwingen wird, um jeden Preis Frieden zu schließen.

„Petit Journal“ betont, Deutschland müsse jetzt den Gnadenstoß erhalten, damit es völlig kapituliert. Man fordert den Marsch gegen Deutschland von Seiten der neuen in Bildung begriffenen Staaten des einstigen Habsburger Reiches. Nach den „Basler Nachrichten“ gibt es sehr viele Leute in Paris, denen es Freude machen würde, Deutschland in der bolschewistischen Flut ertrinken zu sehen.

c. Von der Schweizer Grenze, 5. Nov. (Bris. Tel. g. R.) Der Basler Vertreter der „Basler Nachrichten“ drückt seinem Blatte: Die Entente triumphiere über die Kapitulation Russlands, der Türkei und Österreichs. Man ist überall mehr davon überzeugt, daß Deutschlands Lage verarmt ist. Es wird mehrfach angekreidet, ob die Alliierten Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen überhaupt auf diplomatischem Wege zuweilen lassen werden. Militärische Kreise betonen, wenn Deutschland einen Waffenstillstand wünscht, so habe es den gewöhnlichen Weg einzuschlagen, das heißt, Unterhandlungen in das internationalisierte Hauptquartier abzusenden und dort die Bedingungen zu erfragen, unter denen man ihm diese Vergünstigung gewähren will. Der Sieger wird sie dem Besiegten nicht verweigern, wenn sich dieser rückhaltlos unterwirft.

Die Ummäzung in Österreich-Ungarn.

Die weitere Auflösung der österreichischen Front durch italienische Truppen verhindert.

Wien, 4. Nov. (M.B. Nichtamt.) Der „Abend“ schreibt: In militärischen Kreisen verläutet, daß die Entente-Truppen, die zur Befreiung der zu räumenden Gebiete in Betracht kommen, im Einverständnis mit der österreichisch-ungarischen Heeresleitung unsere Linien bereits an mehreren Stellen überschritten haben. Es ist ihnen gelungen, hinter die Front unserer Truppen, soweit sie noch nicht zurückgezogen sind, zu kommen und einen Storden zu ziehen. Damit wird die weitere Auflösung verhindert und ein langsamer stufenweiser Abtransport ermöglicht. Die Italiener werden unsere Truppen in ihrem Nachbereich verpflegen.

Tiroler Maßnahmen gegen die zurückstreichenden österreichischen Truppen.

Innsbruck, 4. Nov. (M.B. Nichtamt.) Meldung des Wiener Korrespondenzbüros: Aus dem Süden langen unaufhörlich mit Soldaten beladene Züge an, deren Weitertransport mit aller Energie betrieben wird, wemöglich die nötigen Transportmittel wie auch die Verpflegungsmittel mangelt. Der Nationalrat von Tirol und mit ihm alle militärischen und Zivilbehörden sind bemüht, die Gefahr abzuwenden, daß die Truppen der 10. und 11. Armee Norditalien überfallen und mangelnd geordneter Verpflegung plündernd den Weg durch das Land in ihre Heimatländer suchen. Dementsprechend sollen vor allem stufenweise errichtete Verpflegungsstationen dienen, welche von allen möglichen Seiten bereits Lebensmittelhilfe erhalten haben.

Die Bildung von Grenztruppen, die die ankommenden Truppen an geplanter Stelle zur Entlastung veranlassen sollen, ist bereits in Angriff genommen worden. In Innsbruck sowie in den Banngemeinden wird mit allem Nachdruck die Bildung von Bürgerwehren betrieben. Außer der Plünderung einiger Waggons Lebensmittel auf dem Innsbrucker Frachtenbahnhof sind bisher keine Ausschreitungen vorgekommen. Die meisten Kriegsgefangenen konnten bereits aus der Stadt entfernt werden.

Die Italiener verlieren ihr Lager, konnten aber bis zum Abend wieder gesammelt werden, um gleichfalls möglichst rasch in die Heimat befördert zu werden.

Ungezügelter Durchzug der deutschen Truppen durch Ungarn.

Budapest, 4. Novbr. (M.B. Nichtamt.) Der Kriegsminister ordnete an, daß die durch Ungarn durchziehenden deutschen Truppen nicht zu entlassen, sondern mit voller Ausrüstung und bewaffnet weiter zu befördern sind.

Jüdischer Nationalrat für Deutsch-Oesterreich.

Wien, 4. Nov. (M.B. Nichtamt.) Meldung des Wiener Telegramm-Büros. Heute bildete sich in Wien ein 50-gliedriger jüdischer Nationalrat für Deutsch-Oesterreich.

Keine Reise Karolyns nach Padua zwecks Friedensverhandlungen.

Budapest, 5. Nov. (M.B. Nichtamt.) Ministerpräsident Graf Karolyni teilt nicht, wie gestern gemeldet wurde, zwecks Friedensverhandlungen nach Padua.

Der Ministerrat beschloß, den Justizminister Dionysius Berinzen nach Belgrad zu entsenden, wo er mit General Franchet in Verbindung treten wird.

Die flämischen Passivisten für Flanderns Recht.

Brüssel, 2. November.

Seitdem die Flamen in ihren Selbstständigkeitsbestrebungen auf ihre eigene Kraft angewiesen sind, erheben die flämischen Passivisten, die es den Aktivisten stets org verübten, daß sie die Hilfe der Deutschen in Anspruch nahmen, immer lauter ihre Stimme für die Anerkennung der flämischen Rechte. Besonders der „Blamisch Belgisch Verbond“, die mächtige Organisation der flämischen Passivisten in Holland, mit dem ehemaligen Antwerpener Abgeordneten Frans Van Cauwelaert an der Spitze, setzt sich mit immer größerem Eifer in Wort und Schrift für die flämische Sache ein. Wohl in der Erkenntnis, daß gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo die französisch geführten Elemente in Belgien bereits ihre Pläne schmieden, um nach der Wiederherstellung des alten zentralistischen belgischen Staatssystems der flämischen Bewegung endgültig den Garaus zu machen, für alle flämischgesinnten die Stunde des Handelns gekommen sei, hat der genannte Verband in einem an König Albert abgeschickten Kundgebungstelegramm dem Bünste Ausdruck verliehen, daß die neue Zeit für Belgien eingeführt werde mit der unverzüglichen Bewilligung der verfassungsmäßigen, militärischen und erzieherischen Neuerungen, die notwendig sind, um dem flämischen Volke die integrale Entwicklung seines Lebens in seiner eigenen Sprache sowie die vollkommenste tatsächliche Gleichheit mit dem wallonischen Volke auf sprachlichem Gebiete sicherzustellen.

Mehr und mehr kommt auch in „Bri Belgie“, der in Scheveningen (Holland) erscheinenden Wochenchrift der flämischen Passivisten, der Wille zum Ausdruck, für die flämische Sache tatkräftig einzutreten. So schreibt z. B. Hoste, der gemeinsam mit Cauwelaert das benannte Blatt herausgibt, in der neuesten Nummer:

„Dies ist Flanderns Stunde, und Flandern wird diese Stunde nicht vorbegehen lassen. Wir haben den starken Willen unseres Volkes und den Geist der neuen Zeit, der es unumgänglich tun kann, daß in Europa das flämische Volk das einzige sei, für das sich keine bessere Ausflucht eröffnen lassen. Es steht deutlich fest, daß das flämische Volk nichts Unmögliches verlangt. Gegenüber dem Streben der Flamen, Polen oder Tschechen sind die flämischen Forderungen bescheiden. Unter Volk, durch selbstbewußte Flamen aufgeführt, fordert nur seine eigene Sprache im Unterricht, in der Verwaltung, im Gericht und im Heere. Es über die belgische Regierung ihre Schuld gegenüber dem flämischen Volke ins Reine bringt, um so besser, denn diese Schuld wiegt schwer.“

Große Bedeutung für die flämische Bewegung darf man vor allem einer vor kurzem in Antwerpen abgehaltenen Versammlung des „Blamisch Belgisch Verbond“ beimessen, wo Van Cauwelaert selbst, wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ (21. Oktober) mitteilt, über „die Zukunft Flanderns“ sprach. Der Redner gab zunächst seiner Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß das flämische Bewußtsein überall, wo es Flamen gibt, nicht nur in Belgien, sondern auch in Holland, England und an der Front zu prächtiger Entfaltung gekommen sei. Das Heer sei entschlossen, im Namen der gefallenen Kameraden dafür zu sorgen, daß die große Liebe für Flandern am Tage der Befreiung nicht unbefriedet bleibe. Mit eindringlichen Worten legt sich der Redner im weiteren insbesondere für soziale Reformen in Flandern ein. „Es gab vor 1914 in Belgien“, so hebt er hervor, „viele, was wir jetzt als Verarmung unseres Volkes gegenüber empfinden. Das Volk kam zu kurz in gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und geistiger Hinsicht.“ Er fordert die meist radikale, volksfreundliche Reorganisation des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Es müsse viel mehr für die unteren Stände getan werden. Wollte man keine Revolution nach dem Kriege, so müsse man eine rasche Umformung schaffen! Als hauptsächlichsten sozialen Mißstand bezeichnet Van Cauwelaert die niedrigen Löhne in Flandern. Damit müsse es vorbei sein, es müsse eine wirtschaftliche Reorganisation geschehen. Jeder müsse einen Lohn verdienen, der zum menschenwürdigen Dasein ausreichte. Ueber die geistigen Räte des flämischen Volkes sagt der Redner u. a.:

„Wir müssen das Höchstmögliche der Entfaltung auf geistigem und kulturellem Gebiete unserem Volke sicherstellen. Das flämische Volk ist verarmt in seinem geistigen Leben. Der ganze Unterricht, die ganze Verwaltung wird in einer Sprache geführt, die nicht für das Volk ist. Die höchsten Stellen im Heere werden offengehalten für diejenigen, die die Sprache der 85 Prozent nicht verstehen. Das flämische Volk ist in einem Zustand erhalten, in dem es nach 1830 mutwillig gebracht worden ist. Sollte dies in der Zukunft so weitergehen, dann schwärze ich auf dem Grabe derer, die mit dem Namen „Flandern“ auf den Lippen haben, daß wir einer derartigen Regierung mit allen uns innerwohnenden Kräften Widerstand leisten werden! Das Heer muß in seiner eigenen Sprache angeführt werden; der Flamen spreche deutlich seinen Willen aus, damit ihm Recht geschehe.“

„Es besteht kein Widerspruch“, so heißt es in den Schlussworten des Redners, „zwischen belgischen Interessen und den flämischen Anschauungen. Man gebe uns die Möglichkeit, uns in unserer eigenen Form zu entwickeln, und die Bürgerlichen, daß unsere geistige Selbstständigkeit niemals verkürzt werde. Jetzt müssen wir alle Macht anwenden, um zu unseren Rechten zu kommen. Das ist das Lösungswort, das unter den Flamen die Runde machen muß. Von Stunde ab müssen sie alles tun, um das flämische Bewußtsein bei ihren flämischen Vandleuten so stark wie möglich zu entwickeln.“

Unruhen in Kiel.

In Kiel ist es am Sonntag bedauerlicherweise zu Unruhen gekommen. Am Nachmittag fand auf dem großen Grogierplatz eine Versammlung statt, an der sich Marine-Mannschaften und Arbeiter beteiligten und auf der ein Führer der unabhängigen Sozialdemokratie eine Ansprache hielt. Nach Beendigung der Versammlung bildete sich ein Zug, der auf seinem Wege in die Stadt die Mannschaften aus der Waldstraße herausholte, die Wirtschaft erheblich störte und sich verschiedene Waffen bemächtigte. Der Zug bewegte sich dann über das Sophienblatt, am Bahnhof vorbei, wo eine Patrouille entworfen wurde, durch die Holstenstraße, über den Markt und die Dänische Straße nach der Brunnenstraße. Unterwegs drangen Leute in Wirtschaften ein, um die darin weilenden Marinemannschaften und Arbeiter aufzufordern, sich ihnen anzuschließen. Das Ziel des Zuges war die Militärarrestanstalt in der Redtstraße. Die vom 3. Geschwader wegen schwerer Gehorsamsverweigerungen dort untergebrachten Gefangenen sollten mit Gewalt befreit werden. In der Ecke der Redtstraße und der Brunnenstraße wurde der Hoffnungswort die Straße durch Militär abgesperrt. Der Befehl des Offiziers forderte die Menge zum Auseinandergehen auf. Die Kundgebungen drangen trotzdem vor. Darauf gab der führende Offizier Befehl zum Feuer. Es wurden acht Personen getötet und 29 verwundet. Aus der Menge wurde ebenfalls geschossen und mit Steinen geworfen. Der Führer der Militärabteilung wurde durch einen Schuß in den Kopf schwer verwundet. Die Menge floh entsetzt auseinander und vermochte sich nicht wieder zu sammeln. Weitere Aufschreitungen fanden im Laufe des Abends und in der Nacht nicht statt.

Wir erhalten noch folgendes Telegramm:

m. Adm. 5. Nov. (Bris. Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Kiel: Der Gouverneur hat die Wünsche der Marine- und Arbeitertruppen entgegenzunehmen und ausgeführt, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Die ganze bewaffnete Garnison unternahm nachmittags anlässlich der Freilassung der Gefangenen des 3. Geschwaders einen großen Umzug durch die Stadt. Im Zuge wurden rote Fahnen getragen. Die Demonstranten zogen nach dem Bahnhof, um dem Staatssekretär Hoffmann und den Reichstagsabgeordneten Koste abzuholen, die von der Regierung nach Kiel entsandt worden sind. Einer Kundgebung des Reichstagsersatzes folgte morgen ein allgemeiner Sympathieakt. Auch wird die Garnison einen Demonstrationsszug zu Ehren der Opfer des Zusammenstoßes abgehalten.

Die Vorgänge in Stuttgart.

Stuttgart, 4. Nov. (M.B. Nichtamt.) Zur Beilegung unzureichender Vorstellung in einigen Abendblättern erfahren wir von zuständiger Seite über die heutigen Vorgänge in Stuttgart folgendes:

Von der Arbeiterschaft der Daimlerwerke in Stuttgart und einiger anderer Werke, die heute zwischen ein- und tausend Personen, darunter viele Frauen, Röhren und Borchen auf dem Schloßplatz, wo ein Führer der unabhängigen Sozialdemokratie eine Ansprache hielt, um die Bildung eines Arbeiterrates, wozu in den Abendblättern die Rede ist, ist nichts bekannt geworden. Der Zug bewegte sich vor dem Ministerium des Innern. Abordnung der Arbeiter hat um Gehör, die vom Minister freien Stunden gewährt wurde. Dieser erklärte, die Vermittlung der Arbeiterkraft, daß die Waffenstillstandsbedingungen unterer Feinde, abgesehen von Deutschland mitgeteilt, der Vermittlung unterhalten würden, für grundlos und bezieht sich auf über dem von den belagerten vorgetragenen Programmen neben bolschewistischen Ideen wirtschaftlicher Forderungen enthält, keine Entschädigung über die einer Antwort vor. Die Menge zerstreute sich darauf. Es wurde jedoch vergebliche Versuche unternommen, die Arbeiter zum Besch. Werke in Stuttgart und Feuerbach zum Aufbruch zu bewegen zu veranlassen.

In den Nachmittagsstunden bildete sich von neuem eine große Ansammlung vor dem Ministerium des Innern. Es wurde nochmals eine Arbeiterabordnung, der der Minister die Beilegung der im verhandelnden wirtschaftlichen Fragen zusagte, wozu er die Erörterung der unklarheiten der Arbeiterabordnung ablehnte und auf die Unmöglichkeit der Abordnung zur Errichtung des öffentlich angeordneten Friedens. Nach Bekanntgabe dieser Antwort ging die Menge auseinander.

Am Verlauf der ganzen Kundgebungen sind keine besonderen Störungen der öffentlichen Ordnung zu bemerken gekommen. Die Teilnehmer beschränkten sich auf die Forderungen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Polizei war nirgends zum Einschreiten zugezogen.

Für morgen Dienstag ist die Wiederaufnahme der Arbeit bei Daimler und in den anderen Werken angesetzt worden.

Letzte Meldungen.

Eintritt der Tschechen in das Entente-Bündnis.

c. Von der Schweizer Grenze, 5. Nov. (Bris. Tel. g. R.) Die „Morningpost“ bringt die erste drabstliche Depesche, wonach der tschechische Staatsrat seinen Eintritt in das Bündnis der Alliierten beschlossen hat.

Ausschreitungen gegen die Flamen in Brügge und Antwerpen.

c. Von der Schweizer Grenze, 5. Nov. (Bris. Tel. g. R.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus dem Ausland: In Antwerpen und Brügge fanden Ausschreitungen gegen die flämischen Aktivisten statt, welche telegraphisch um Schutz und Befreiung der belagerten hängenden-Forderungen auf Grund seiner bekannteten ersuchen.

Rücktransport der französischen Flüchtlinge aus Holland.

Amsterdam, 4. Nov. (M.B. Nichtamt.) Die „Nieuwe Amsterdamse Telegraf“ meldet aus dem Haag, daß der Rücktransport der Flüchtlinge nach Frankreich vorwiegend in dieser Woche beginnen werde. Die Flüchtlinge werden in Billingen gebracht, um von dort über See nach Frankreich verschifft zu werden.

Kein Umsturz in Bulgarien.

Berlin, 5. Nov. (M.B. Nichtamt.) Die ersten von den tschechischen Blättern zugegangenen Meldungen, wonach der tschechische Generalstab in Kiew über Konstantinopel die Möglichkeit eines Umsturzes in Bulgarien zugegangen wäre, behauptet, wie wir von zuständiger bulgarischer Seite erfahren, jeder Begründung.

Beacht in der Leistung der Reichsbefehlshaber.

Berlin, 5. Nov. (Von unserem Berliner Bureau.) Meldung vom Reichsamt in der Leistung der Reichsbefehlshaber ist insofern falsch, als Herr Reichsamt Dr. Baumbach nicht beabsichtigt, in den nächsten Tagen von seinem Posten zurückzutreten, sondern sich gesundheitlicher Rücksichten halber gezwungen sieht, am Ende dieses Jahres sein verantwortungsvolles Amt niederzulegen.

Brandungst in einem Personenzug.

Saarbrücken, 5. Nov. (M.B. Nichtamt.) Gestern gegen 6 1/2 Uhr geriet ein Wagen des Personenzuges 511 auf der Fahrt von Bückingen nach Saarbrücken in Brand. Der Zug wurde bei Kilometer 148 durch den Notbremse zum Stehen gebracht, und doch der Bückingen des Wagens nicht mehr möglich, jedoch der Überwagenkasten ausbrannte. Hierbei verursachten Reisende tödlich, während etwa 13 Personen verletzt wurden. Vermutlich ist Benzol oder eine andere gefährliche Stoffmenge im Wagen mitgeführt worden, weitere Untersuchung ist noch im Gange.

c. Von der Schweizer Grenze, 5. Nov. (Bris. Tel. g. R.)

Die Agentur Stephanie meldet aus Rom zu dem 4. Reichlichen Waffenstillstand, daß die Belagerung der interalliierten Konferenz in Versailles die Befestigung, nachdem Orlando dieselben befürwortet hatte, rasch vorangetrieben wird. Der italienische Ministerpräsident Diaz erhielt den drohlichen Auftrag, diese Belagerung der österreichischen Parlamenten mitzuteilen. Die Aussagen des Waffenstillstandes, so verläutet die Stephanie-Note, seien von den Grundfragen der Friedenskonferenz inspiriert, das heißt, sie bezwecken, es dem Gegner unmöglich zu machen, den Krieg wieder zu beginnen. Man darf erwarten, daß den Waffenstillstand auszuweichen und sich der schwierigen militärischen Lage zu ziehen.

Die neunte Kriegsanleihe.

Die Beamten und Arbeiter der Hedderberg Kupferwerke und Sächsischen Kobalt- und Nickelwerke in Mannheim und Frankfurt a. M., sowie auf die 9. Kriegsanleihe 158 000 M.

Letzte Handels-Nachrichten.

Mannheimer Aktienbörse.

Kleinere Abschlüsse erfolgten heute in Aktien der Deutscher Oelabzehrung und in Aktien der Portlandzementfabrik Heidelberg. Für die Aktien der Mannheimer Dampfmaschinen- und für Zuckerfabrik Waghäusel-Aktien war Kaufst zu höheren Kursen vorhanden. Niedriger Kurs für Benzol, Zellulosefabrik Waldhof- und Mannheimer Asbestfabrik-Aktien.

